



Für die Abonnenten des
HBR – v. Roetteken/Rothländer



Newsletter

Ein Service von www.hbr-online.net

Ausgabe 4
Juni 2009

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Inhalt:

- I. Aktuelles aus der Gesetzgebung
- II. Aktuelles aus der Rechtsprechung
- III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen
- IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten
- V. Aus unserem Verlagsprogramm

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

Nach dem Tarifaabschluss für die Beschäftigten des Landes Hessen

Besoldungserhöhung 2009 und 2010 für die Beamtinnen und Beamte des Landes und der Kommunen

Bekanntlich haben die Gewerkschaften und die Landesregierung am 28.3.2009 im Rahmen der Tarifeinigung für die Jahre 2009 und 2010 bestimmt, „... dass die ... vereinbarten Einkommensverbesserungen durch den Gesetzgeber auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden“. Dies wird nun umgesetzt durch einen Gesetzentwurf, den die Fraktionen von CDU und FDP am 5.5.2009 in den Landtag eingebracht haben. Er sieht die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifeinigung vor. Möglicherweise werden bereits vor einer formellen Verabschiedung des Gesetzes Abschlagszahlungen geleistet. Im Einzelnen ist mit dem Entwurf für ein Gesetz zur Anpassung der Dienst-, Amts- und Versorgungsbezüge 2009/2010 – HBVAnpG 2009/2010 (LT-Drucks. 18/410 v. 5.5.2009) Folgendes vorgesehen:

1. **Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter** erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 500 €, wenn sie mindestens an einem Tag im Juni 2009 Anspruch auf Dienstbezüge haben.

2. Teilzeitbeschäftigte und begrenzt Dienstfähige erhalten die Einmalzahlung anteilig.
3. Mit Wirkung zum **1.4.2009** erfolgt eine lineare Besoldungsanpassung in Höhe von 3%.
4. Mit Wirkung zum **1.3.2010** erfolgt eine weitere lineare Steigerung in Höhe von 1,2%.
5. Die Grundbeträge für **Anwärterinnen und Anwärter** werden ab dem 1.4.2009 um 60 € erhöht. Mit Wirkung zum 1.3.2010 erfolgt dann eine weitere Erhöhung um 1,2%. Anwärterinnen und Anwärter werden allerdings nicht in die Einmalzahlung von 500 € einbezogen.
6. Die Bezüge der **Versorgungsempfängerinnen bzw. -empfänger** werden zum 1.4.2009 um 3% erhöht. Mit Wirkung zum 1.3.2010 erfolgt dann auch hier eine weitere Erhöhung um 1,2%. Auch dieser Personenkreis wird nicht in die Einmalzahlung von 500 € einbezogen.
7. Beschäftigte in **Altersteilzeit** sind, wie sonst auch, in die lineare Erhöhung der Besoldung im April 2009 und März 2010 einbezogen (§ 2 Abs. 1 ATZV). Im Ergebnis muss jeweils eine neue Berechnung vorgenommen werden. Sie erhalten auch anteilig die Einmalzahlung in Höhe von 500 € (§ 3 Abs. 3 HBVAnpG 2009/2010).

Durch die geplanten linearen Erhöhungen um 3% ab dem 1.4.2009 bzw. um 1,2% ab dem 1.3.2010 **steigen dann auch die Beträge der Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen und Vergütungen** entsprechend der Anlage 5 zu § 5 Abs. 1 HBVAnpG 2007/2008. Dies gilt auch für Zulagenregelungen nach dem Hessischen Besoldungsgesetz.

Dass die **Anwärterinnen und Anwärter** nicht in die Einmalzahlung des Jahres 2009 einbezogen werden, erklärt sich auch aus der Vergleichbarkeit des hessischen Abschlusses mit dem der TdL. Auch dort wurden die Ausbildungsvergütungen um einen Sockelbetrag erhöht, gleichwohl keine Ein-



Für die Abonnenten des
HBR – v. Roetteken/Rothländer



Newsletter

Ein Service von www.hbr-online.net

malzahlung geleistet. Auch die Versorgungsempfängerinnen bzw. -empfänger sollen nicht in die Einmalzahlung einbezogen werden. Dies hat jedoch der DGB-Hessen in seiner Stellungnahme (s. unten) angeregt und dabei darauf hingewiesen, dass es insoweit systematische Unterschiede zum Personenkreis der Rentnerinnen und Rentner gibt.

Die 1. Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfes hat am Donnerstag, dem 14.5.2009 stattgefunden. Der zuständige Innenausschuss hat eine schriftliche Anhörung der Gewerkschaften und Verbände beschlossen, in deren Rahmen bis zum 25.5.2009 Stellung genommen werden sollte. In dieses Verfahren wurde ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP LT-Drucks. 18/435 v. 12.5.2009) sowie einer der Fraktion Die Linke (LT-Drucks. 18/446 v. 15.5.2009) einbezogen. Mit dem ersten Antrag soll erreicht werden, dass bestimmte Zulagen im Bereich der Observationsgruppen der Polizei bzw. des Landesverfassungsschutzes erhöht werden. Die Linke verfolgt das Ziel, die Mitglieder der Landesregierung von der Einmalzahlung auszunehmen. Es ist damit zu rechnen, dass der Gesetzentwurf bereits in 2. Lesung Mitte Juni 2009 beschlossen wird. Die weitere Besoldungsentwicklung ab 2011 ist, genauso wie die Tarifentwicklung, offen. Auch im Bereich der TdL wird es erst 2011 zu einer weiteren Tarifrunde kommen. Da die Laufzeit des hessischen Einkommenstarifvertrages 2009/2010 ebenfalls zwei Jahre beträgt, ist Hessen dann wieder „dabei“.

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

VG Kassel zur Regelung über die Freistellung

Erneut gaben die Regelungen des § 40 Abs. 3-5 HPVG über die bei den Freistellungen zu berücksichtigenden Gruppen und Gewerkschaften Anlass für eine Rechtsstreitigkeit. In der Stadt F. waren für einen örtlichen Personalrat drei Freistellungen zu vergeben. Gestritten wurde zwischen den Listen

der KOMBA und der Gewerkschaft ver.di. Die Freistellung des Vorsitzenden, der der KOMBA angehört, war unstreitig. Die Gewerkschaft ver.di beanspruchte jedoch auf der Grundlage des Wahlergebnisses einen der drei Freistellungen. Dies wurde seitens der KOMBA unter anderem durch Wahlhandlung bestritten. Sie wollte sich nicht die Wahl und die Freistellung des Vorsitzenden anrechnen lassen. Zu Unrecht, wie das VG Kassel entschieden hat, unter anderem mit Hinweis auf die zu diesem Komplex bereits vorliegende Rechtsprechung (HessVGH v. 27.4.2006, PersR 2006, 476). Bei der Berechnung der den Gewerkschaften und Verbänden zustehenden Sitze muss sich eine Gewerkschaft bzw. ein Verband die Freistellung eines seiner Mitglieder anrechnen lassen.

VG Kassel v. 5.3.2009, Az.: 23 K 1333/08.KS.PV, nicht rechtskräftig, Beschwerde beim HessVGH eingelegt.

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Tarifverhandlungen Sozial- und Erziehungsdienst

Im Mai 2009 fanden bundesweit und damit auch in Hessen Streikmaßnahmen im Bereich der Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes statt. Im Kern geht es um den Abschluss eines Tarifvertrages zur betrieblichen Gesundheitsvorsorge, den die Gewerkschaft ver.di dem Kommunalen Arbeitgeberverband vorgelegt hatte. Am 27.5.2009 wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Seitens der VKA wurde dabei ein Eckpunktepapier für eine Regelung zum betrieblichen Gesundheitsschutz vorgelegt, das aber durch die Gewerkschaft ver.di zurückgewiesen wurde. Gleichzeitig wurde das Scheitern der Verhandlungen erklärt. Ein neuer Verhandlungstermin wurde nicht vereinbart. Es muss nunmehr damit gerechnet werden, dass es im Laufe des Monats Juni zu weiteren Streikmaßnahmen kommt.



Für die Abonnenten des
HBR – v. Roetteken/Rothländer



Newsletter

Ein Service von www.hbr-online.net

Redaktionsverhandlungen Tarifabschluss Land Hessen

Die Redaktionsverhandlungen und das Unterschriftsverfahren zum **Tarifvertrag Einkommensentwicklung 2009/2010** auf der Grundlage des Tarifiergebnisses v. 28.3.2009 (ZTR 2009, 252) sind mittlerweile abgeschlossen. Mit einer Veröffentlichung im Staatsanzeiger des Landes Hessen (StAnz.) ist demnächst zu rechnen.

Die Redaktionsverhandlungen zum **TV-H** sowie zum **TVÜ-H** haben begonnen. In zwei Runden, zuletzt am 28. und 29.5.2009 wurden die zu vereinbarenden Texte besprochen. Wegen des thematischen Umfangs und der Kompliziertheit der Materie (unter anderem Berechnung des Strukturgleichs) konnten sie jedoch noch nicht abgeschlossen werden. Weitere Verhandlungstermine (jeweils 2 x 3 Tage) sind für den Juli 2009 terminiert. Erst dann wird man über Details genauer informieren können.

IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Juni:

206. Lfg. zur Gesamtausgabe = 98. Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
§§ 24–28, 30 BeamtStG

Juli:

207. Lfg. zur Gesamtausgabe = 99. Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
HBG-Text, HAZVO, PflichtstundenVO, Gewährung von Aufwandsentschädigungen, HBVAnpG 2007/2008, Aufwandsentschädigung und Ehrengeld der ehrenamtl. Bürgermeister, Wechselschichtdienst- und Schichtdienstzulagen, Durchführung der MVerG, HBesG, HSZG, Kommunale DienstaufsichtsVO, JVO, HLVO, HLVObf, HPolLVO, FeuerwLVO, Nutzungsentgelt für die Inanspruchnahme von

Personal usw. aus Anlass einer Nebentätigkeit, Vergütung von nebenamtl. und nebenberufl. Unterricht, HHG, HRHG, HBRAnpG, VW zu § 72 HBG, BeamtVÜV, IntegrationsRL

Juli:

208. Lfg. zur Gesamtausgabe = 57. Lfg. zu Teil I (Personalvertretungsrecht):
HPVG-Gesetzestext, §§ 9, 10, 16, vor §§ 97 ff., §§ 97, 98, 106 HPVG

August:

209. Lfg. zur Gesamtausgabe = 100. Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
§§ 29, 31–34, 38 BeamtStG

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie unter www.hjr-verlag.de.

V. Aus unserem Verlagsprogramm



Produktipp



v. Roetteken
**Allgemeines
Gleichbehandlungsgesetz
– AGG**

Loseblattwerk in 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-6344-4
€ 108,00 zzgl. Aktualisierungen

Im AGG werden Merkmale und Tatbestände von Diskriminierung, Ungleichbehandlung und Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen konkretisiert. Dabei entstehen eine Menge neuer Pflichten für Arbeitgeber und Dienstherren, über deren Einhaltung Betriebs- bzw. Personalräte, betriebliche Beschwerdestellen und Gleichstellungsbeauftragte wachen. Der Kommentar erläutert ausführlich die arbeitsrechtlichen Vorschriften des AGG, die Diskriminierungstatbestände und deren Vermeidung, unzulässige Verhaltensformen, Beschwerderechte und Rechtsschutz für die Betroffenen sowie Rechtsfolgen bei Verletzungen des Gesetzes.

[\[bestellen\]](#)



Für die Abonnenten des
HBR – v. Roetteken/Rothländer



Newsletter

Ein Service von www.hbr-online.net



Produktipp

Baßlsperger Einführung in das neue Beamtenrecht



Mit den Neuregelungen durch
das Beamtenstatusgesetz sicher
umgehen

**1. Auflage 2009,
XIV, 321 Seiten, Softcover
ISBN 978-3-8073-0125-9
€ 39,90**

Das Beamtenrecht ist durch viele abstrakte Rechtsbegriffe gekennzeichnet und in viele Gesetze und Verordnungen gegliedert, was die Umsetzung in die Praxis erschwert. Diese Einführung dient als Leitfaden und Nachschlagewerk für die tägliche beamtenrechtliche Praxis. Praktische Beispiele zu Bayern, das als erstes Land ein neues LBG erlassen hat, weisen den Weg in die beamtenrechtliche Praxis der Länder. Die Einführung ist aber auch für die Anwender in allen anderen Bundesländern von Interesse. Didaktisch aufbereitet erleichtert sie den Einstieg in die Rechtslage nach Inkrafttreten des Beamtenstatusgesetzes. Grafiken und Übersichten dienen dazu, Einzelprobleme und Zusammenhänge besser zu verstehen. Die wichtigsten beamtenrechtlichen Grundsätze sind grafisch hervorgehoben. Beispielsfälle, Musterschreiben und Schaubilder runden die Informationen ab.



**Reinhören: das Interview mit Herrn Dr. Baßlsperger
zur Beamtenrechtsreform**

www.das-neue-beamtenrecht.de

[\[bestellen\]](#)

Einführung in das neue Beamtenrecht Jetzt auch als Online-Lösung



Mit den Neuregelungen durch das Beamtenstatusgesetz sicher umgehen

Top-aktuell:

Unser neues Online-Produkt informiert Sie über die aktuelle Rechtslage nach Inkrafttreten des Beamtenstatusgesetzes.

Extrem praktisch:

Die Online-Einführung dient als Leitfaden und Nachschlagewerk für Ihre tägliche beamtenrechtliche Arbeit. Arbeitshilfen, wie z.B. Urkundenmuster, ergänzen die Informationen. Praktische Beispiele und Fälle zu Bayern, das als erstes Land ein neues Landesbeamtengesetz erlassen hat, weisen den Weg. Auch die Anwender in allen anderen Bundesländern profitieren von dieser Veranschaulichung.

Leicht verständlich:

Grafiken, Übersichten und Schaubilder helfen Ihnen, die Einzelprobleme und Zusammenhänge besser zu verstehen.

Schnell lesbar:

Die wichtigsten beamtenrechtlichen Grundsätze sind optisch hervorgehoben. Verweise führen Sie direkt in die relevanten Normen.

Sicher und didaktisch:

Dr. Maximilian Baßlsperger, Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, hat diese Erläuterungen für Sie geschrieben. Profitieren Sie von seinem Expertenwissen und seiner didaktischen Erfahrung!

Machen Sie den Gratis-Test: Neugierig geworden? Dann testen Sie die Online-Lösung "Einführung in das Beamtenrecht" gratis für 4 Wochen.

[\[Testzugang anfordern\]](#)

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: gudrun.schwarz@t-online.de
Tel. 0 61 45/3 43 96, Fax 0 61 45/3 42 71
Ihre Meinung ist uns wichtig!
Daher freuen wir uns immer über Kritik und Anregungen.

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2009, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg